

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 517

Mittwoch, 05. September 2012

19. Jahrgang

Mega-Tourismus-Projekt im guatemaltekischen Urwald?

Der folgende Text stammt von Barbara Müller und beruht auf einem Gespräch mit Victor Manuel López, Vertreter der Gemeinde Nueva Esperanza und Mitarbeiter der Diözese des Petén, und Silvia Valenzuela, Koordinatorin von Caritas Schweiz in Guatemala. Die beiden weilten im Juni dieses Jahres in der Schweiz. Als zusätzliche Quellen diente ein Artikel von Grégory Lassalle in Le Monde Diplomatique (2011) sowie die Analyse von Luis Solano "Grupos de Poder en Petén" (Juli 2011).

Der Petén – das vernachlässigte Departement

Das Departement Petén im Norden Guatemalas ist mit seinen rund 36.000 km² das flächenmässig grösste. Es teilt 800 km internationale Grenzen mit Mexiko und Belize. 60% der guatemaltekischen Naturschutzgebiete liegen im Petén, der reich ist an Ölreserven und Wasservorkommen, Biodiversität überhaupt, sowie an archäologischen Fundstätten. 1990 erklärte die UNESCO ein Gebiet von rund 22.000 km² Fläche zum Maya-Biosphärenreservat. Die guatemaltekische Regierung zog nach und implementierte ein Gesetz, das die Region in verschiedene Schutzzonen unterteilt und festlegte, ob und unter welchen Voraussetzungen in den Gebieten noch Menschen leben dürfen. Der Petén ist aber auch strategisch wichtig für den legalen und illegalen Waren- und Menschenhandel. Alles Ressourcen, die sich bestens vermarkten lassen und um die in den letzten Jahren ein erbitterter und gewalttätiger Kampf ausgebrochen ist. Die historische Marginalisierung des Petén endete Mitte des 20. Jahrhunderts: Eine staatliche Entwicklungsstrategie sah die Umsiedelung von Leuten aus anderen Landesteilen in den Petén vor – und die Ansiedlung der ersten nationalen und transnationalen Unternehmen. In den 80er Jahren flüchteten viele Menschen aus anderen Landesteilen vor den Massakern der Armee in den Petén. Der Kampf des Militärs gegen die Guerilla und ihre UnterstützerInnen verlagerte sich auch in diese Region. Etwa gleichzeitig wurde der Wert des archäologischen Kulturgutes entdeckt: der Raub der Maya-Fundstücke begann.

Aufschwung im Namen des Fortschritts

Aktuell besteht das wirtschaftliche Interesse am Petén vor allem im Abbau der natürlichen Ressourcen, in der Agro(diesel)industrie und in illegalen Geschäften. Diese drei Geschäftszweige sind eng miteinander verknüpft und werden von kriminellen Gruppierungen, nationalen und transnationalen Unternehmen aus der Tourismus- und Agroindustrie sowie den politisch und/oder wirtschaftlich mächtigen Familien der Region kontrolliert (unter anderem der Familie von Manuel Baldizón, dem Wahlkampf-Konkurrenten des aktuellen Präsidenten Pérez Molina). Der 2011 veröffentlichte "Entwicklungsplan für den Petén" des Planungssekretariats der Regierung SEGEPLAN teilt das Gebiet in drei Zonen: Im Süden die landwirtschaftlichen Grossplantagen der Agroindustrie, in der Mitte das Handelszentrum und die touristischen Dienstleistungen und im Norden die immensen Waldflächen, in denen die Naturressourcen ausgebeutet werden und die Naturparks, wo die touristisch interessanten Ausgrabungsstätten liegen.

In dieser nördlichen Region leben Menschen, die aus dem südlichen Teil vertrieben wurden, weil man sie mit allen Mitteln dazu zwang, ihr Land an die Grossgrundbesitzer zu verkaufen. Sie haben sich in den von der Regierung als Schutzgebiete deklarierten Zonen angesiedelt und werden nun zu illegalen BesetzerInnen erklärt, kriminalisiert und als KollaborateurInnen der Drogenkartelle beschuldigt.

Inhaltsverzeichnis

Mega-Tourismus-Projekt im guatemaltekischen Urwald?.....	1
Prozess Rios Montt: Erklärung von Menschenrechtsgruppen vom 22.08.2012.....	4
Haushalt 2013.....	4
Geld abgezweigt für das Verteidigungsministerium?.....	5
3.500 Tötungsdelikte von Januar bis August	5
.... und 377 Frauenmorde.....	5
Symbolpolitik zum Internationalen Tag der Jugend?.....	6
Eine Bitte an einige AbonentInnen	6

Unter diesem Vorwand und durch eine Militarisierung der Region hat in letzter Zeit eine Politik der erneuten Vertreibung begonnen. Es wäre aber falsch zu glauben, die Regierung verfolge mit der Räumung der Schutzgebiete einen Naturschutzgedanken, im Gegenteil: Die Region soll von Menschen und Siedlungen „gesäubert“ werden, damit in der Urwaldregion ungestört Lizenzen für die Ausbeutung der Erdölreserven oder für den Bau gigantischer Tourismus-Projekte vergeben werden können.

Öko(?)-Tourismus-Projekt Cuatro Balam

Eines davon ist das geplante Mega-Projekt Cuatro Balam, das die gesamte Fläche des Maya-Biosphärenreservat umfassen soll, also rund 2/3 des gesamten Departements Petén, und die Maya-Stätten Tikal und El Mirador integriert. El Mirador gilt als die Wiege der Maya-Zivilisation, weil sich an diesem Ort die grössten Maya-Pyramiden Zentralamerikas befinden (300 Meter breit, 600 Meter lang und 147 Meter hoch), die jedoch noch zu einem grossen Teil von Urwald überwuchert sind.

Am 17. Juli 2008 stellte der damalige Präsident Alvaro Colom (der den Titel eines Maya-Priester trägt) das sogenannte Öko-Tourismus-Projekt erstmals der Öffentlichkeit vor. In dem Film (<http://www.youtube.com/watch?v=pt3EPvuk8Qk>) wurden per Videomontage die Phantasien der Architekten dieses Projekts für das Jahr 2023 präsentiert: Ein elektrischer Zug fährt mit einer Geschwindigkeit von 16 km/Std. lautlos durch den Urwald und transportiert täglich Tausende von TouristInnen. In einer Universität kann die regionale Biodiversität studiert werden und in einem Zentrum für Maya-Studien die prähistorischen Kulturen. Selbstverständlich soll die lokale Bevölkerung von dem Projekt profitieren, indem Arbeitsplätze geschaffen und lokale Initiativen gefördert werden. Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und den Dorfgemeinschaften zur Stärkung der nachhaltigen Entwicklung“ wird gross geschrieben und die aus dem Elend erretteten Indigenas sind dankbar. Soweit der Videospot.

Wie nachhaltig es ist, wenn Hotels und Strassen, Flughäfen sowie eine Abfallentsorgung für rund 1,5 Millionen BesucherInnen jährlich gebaut werden muss, sei dahingestellt. Um all dies zu erreichen, so Colom, müsse die Region “von den Invasoren des Drogenhandels gesäubert werden” – gemeint sind die Campesinas und Campesinos, die innerhalb des Naturparks leben. Ihre genaue Anzahl ist nicht bekannt. Da aber die Regierung weder die technische noch finanzielle Kapazität hat, solche Megaprojekte in Eigenregie durchzuführen, sind grosszügig u.a. Walmart Centroamérica, die City Bank, Cementos Progreso, Samsung, Blue Oil, die Telefongesellschaft Claro eingesprungen. Gemeinsam haben sie die Stiftung Pacunam (<http://www.pacunam.org>) gegründet. Stiftungszweck: Die Förderung der Finanzierung von archäologisch-touristischen Projekten, der Schutz der Biodiversität und der internationale Kulturaustausch mittels Ausstellungen und Konferenzen.

El Mirador: Archäologie, Hollywood und Greenwashing

Die Stiftung Pacunam finanziert Ausgrabungen der Maya-Stätte El Mirador, das jährlich rund 150.000 TouristInnen anzieht. El Mirador ist das Herzstück des Projektes Cuatro Balam. Der Archäologe Richard Hansen, der seit 30 Jahre in Guatemala forscht, unterstützt das Projekt und hat mit Mel Gibson einen prominenten, aber auch umstrittenen Botschafter für die Restaurierung von El Mirador gefunden. Hansen hatte bei Gibsons Maya-Film *Apocalypto* als fachlicher Berater gedient. Wie andere BefürworterInnen des Projektes auch, begrüsst er eine Tourismusanlage in El Mirador, da sie “sichere Einnahmen für die Restauration der archäologischen Stätte ermöglichen, die archäologischen Plünderungen stoppen und die Naturressourcen schützen werde”. Was er nicht sagt: Das Wasser für die Ausgrabungen muss per Helikopter angeliefert werden. Keine gute Voraussetzung für ein Tourismusprojekt, das „nachhaltig“ sein soll. Seit 2009 werden in El Mirador jedoch solche Projekte umgesetzt – finanziert unter anderem von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, dem US-amerikanischen Global Heritage Fund und den beiden privaten guatemalteckischen Stiftungen FUNDESA und Pacunam. Gemeinsam investierten sie den Betrag von gut 1,3 Mio. US\$, um während drei Jahren Marktstudien und Schulungen durchzuführen (u. a. in Basis-Englisch und im Umgang mit KundInnen für die Bevölkerung der Gemeinden, von denen aus El Mirador besucht wird). Gemäss Evaluation geht das Projekt nun in eine weitere Dreijahresphase (2012-2015) (www.fundesa.org.gt/cms/content/files/p_mirador/Avances_Proyecto_Mirador_BID_CP_IN-GUAT.pdf).

Die Stiftung Pacunam unterstützte auch eine Ausstellung über die Kunst der Mayas, die von Juni bis Oktober 2011 im Museum Quai Branly in Paris gezeigt wurde. Der Ko-Direktor der Stiftung, José Miguel Torrebiarte, im Hauptberuf Direktor des Zementunternehmens Cemento Progreso (siehe Projekt in San Juan Sacatepéquez) gab zu, dass dieses Sponsoring auch der Verbesserung des Images der guatemalteckischen Privatsektors diene. Dasselbe lässt sich für den französischen Ölkonzern Perenco sagen, der die Ölförderstation in Xan im Nationalpark Laguna del Tigre betreibt und damit konkrete eigene wirtschaftliche Interessen an Projekten im Petén hat. Perenco ist an den Plänen zu Cuarto Balam beteiligt. Ökologische Folgen ihrer Ölförderstation im Nationalpark negiert die Firma, die ökologischen Schäden seien – so die FAQ ihrer Webseite – Folge der Campesinos, die dort angeblich illegal siedelten und Brandrodung betrieben, die

sich jedoch in Wirklichkeit freiwillig oder unfreiwillig in insgesamt 37 Siedlungen im Gebiet des Nationalparks Laguna del Tigre angesiedelt haben und nichts anderes wollen, als in Würde ihr Überleben zu sichern.

Militarisierung und Zermürbungstaktik

Die im letzten ¡Fijáte! berichtete Militarisierung im Peten ist vor dem Hintergrund von Projekten wie Cuatro Balam zu sehen: Aus sechs wurden zwölf Militärkasernen. Und es wurde eine „grüne“ Spezialeinheit geschaffen, deren Aufgabe die Kontrolle des Urwaldes ist. Dazu gehört auch die Vertreibung der Gemeinden, die in den Naturschutzgebieten leben. Sie sollen sich in der oben erwähnten mittleren Zone des Petén ansiedeln. Niemand stellt sich jedoch die Frage, was diese Menschen dort arbeiten oder wovon sie leben sollen. Bereits jetzt ist die Ernährungssouveränität im Petén nicht gewährleistet, und wenn alle Bäuerinnen und Bauern umgesiedelt und in urbane Zentren verlegt werden, nimmt diese Unsicherheit zu. Mit der Vertreibung der Gemeinden bricht die Regierung auch frühere Abkommen: Einige besitzen Landtitel, die ihnen ausgestellt wurden, bevor die betreffende Region zur Schutzzone erklärt wurde.

Im Schutzzonen-Dekret 5-90 (siehe http://www.marn.gob.gt/sub/portal_rbm/documentos/Decreto5-90RBM.pdf) heisst es nun aber, dass die Kernzone (rund 36% der Gesamtfläche) unbewohnt bleiben muss und dass nur die Randzonen besiedelt werden dürfen. Um die Kernzone zu entvölkern, hat die Regierung zu einer Strategie der Zermürbung gegriffen: Das Militär kontrolliert die Strassen und hindert die Menschen, die in den Siedlungen im Naturschutzgebiet leben, Güter des täglichen Gebrauchs einzuführen, seien dies Werkzeuge, Saatgut oder Betten. Ihre Entwicklungsrate auf Gemeindeebene (COCODES), über die Regierungsgelder in die Gemeinden fließen, werden vom Staat nicht akzeptiert, ebenso wenig wird ihren Gemeinden ein juristischer Status verliehen. Eine Gesundheitsversorgung ist in dieser Region inexistent. So versucht man, den SiedlerInnen das (Über-)Leben zu verunmöglichen. Wer sich wehrt, wird kriminalisiert und als HandlangerIn der Drogenmafia verfolgt. Es gab auch gewaltsame Vertreibungen mit angezündeten Häusern, aber diese wurden sofort publik gemacht und lösten nationalen und internationalen Protest aus, worauf auf die subtilere Weise des Entzugs der Lebensgrundlage zurückgegriffen wurde. Jüngst wurden bei einer dieser Kontrollen vier Lastwagen von Perenco beschlagnahmt, die verdächtige Fässer mit Substanzen transportieren, die für die Herstellung synthetischer Drogen verwendet werden. Aber statt Perenco zu belangen, wurden die Chauffeure der vier Transporter verhaftet, arme Männer aus der Region, die auf den Job angewiesen sind.

Der Widerstand in den betroffenen Gemeinden

Anfang 2012 haben sich 140 Siedlungen zusammengeschlossen, die alle im Einzugsgebiet von Cuatro Balam liegen und gemeinsam ein Manifest herausgegeben. Sie fordern Transparenz und ein Mitspracherecht über die Projekte, die in ihrer Region geplant sind und berufen sich dabei auf die guatemalteckische Verfassung sowie auf die ILO-Konvention 169, die der indigenen Bevölkerung ein Mitspracherecht garantiert, wenn es um die Ausführung von Projekten in ihrem Lebensraum geht. Eines der Probleme ist jedoch, dass einzelne Leute und Führungspersonen der Siedlungen gekauft werden und die Bewegung so gespalten wird.

„Im Moment sehe ich keine Möglichkeiten, wie wir uns artikulieren könnten“, gibt Victor Manuel López, Vertreter der betroffenen Gemeinden zu, „es ist so schwierig, überhaupt eine Öffentlichkeit für unser Thema zu finden. Die europäischen Botschaften und die VertreterInnen der UNO fliegen mit dem Helikopter in den Petén, besuchen uns einen halben Tag, um sich zu vergewissern, dass wir Menschen und keine Affen sind, versprechen uns das Blaue vom Himmel, und das war's dann. Einzig die Internationale Juristenkommission hat mit ihren Interventionen erreicht, dass einige Vertreibungen gestoppt werden konnten.“

Seit Dienstantritt von Präsident Otto Pérez Molina ist es still geworden um das Mega-Projekt Cuatro Balam. Zwar traf er sich bereits mit den lokalen BefürworterInnen des Projekts im Petén und eröffnete er ein neues BesucherInnenzentrum in Tikal, aber den Größenwahn seines Vorgängers scheint er nicht zu teilen. Auch finden sich auf der Webseite des nationalen Rats für Schutzgebiete (CONAP) zwar Links zum Projekt El Mirador und den Park Laguna del Tigre, Cuatro Balam wird nicht erwähnt. Für die betroffene Bevölkerung ist es aber egal, unter welchen Namen sie vertrieben wird, denn auch wenn Cuatro Balam nicht als Mega-Projekt umgesetzt wird, einzelne Initiativen wie El Mirador und andere werden vorangetrieben.

Victor Manuel López: „Es kommt mir vor, als würden wir die schlimmsten Zeiten des bewaffneten Konflikts wiederholen. Das Motto der Wahrheitskommission der katholischen Kirche REMHI war ‚Guatemala – nie wieder‘, die Wahrheitskommission der UNO übergab der Regierung Empfehlungen, damit sich das Geschehene nicht wiederholen soll. Was wir heute in unseren Gemeinden erleben, ist, dass sich das Geschehene ständig wiederholt. Es ist zu hoffen, dass unsere Leute nicht wieder zu den Waffen greifen, weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Ich bitte Gott und die Menschen darum, dass es nicht soweit kommt. Aber wenn der Staat uns verhungern lässt, sind die Leute zu allem fähig, um eine Tortilla zu bekommen. Und so wie die Regierung im Moment militärisch aufrüstet, scheinen sie es darauf angelegt zu haben, uns aushungern zu lassen.“

Prozess Ríos Montt: Erklärung von Menschenrechtsgruppen vom 22.08.2012

Erneut wird der Genozidprozess gegen den Putschisten General Efraín Ríos Montt und seinem militärischen Führungsstab von 1982-83 von Hindernissen geplagt: der unverfrorene Einspruch, der einige Minuten vor dem Beginn der für heute geplanten Gerichtsverhandlung vorgelegt wurde, kann nur als eine verzweifelte Maßnahme der Verteidiger der Militärs gewertet werden und als Versuch, um Fortschritte im Prozess zum Genozid in der Region Ixil zu verhindern. Zwei Gerichtsverhandlungen wurden abgehalten und acht Einsprüchen nicht stattgegeben, da sie laut dem zuständigen Richter Miguel Ángel Gálvez (..) unzulässig seien. Dann legte der Anwalt César Calderón, Verteidiger von José Mauricio Rodríguez Sánchez (Ex Direktor des militärischen Geheimdienstes G2), den Einspruch wegen "Inkompetenz auf Grund von Unzuständigkeit" gegen den für den Fall zuständigen Richter vor und führte dabei erneut das Gesetz der nationalen Versöhnung an. Dadurch werden die AnklägerInnen in ihrem Plädoyer dazu Stellung nehmen müssen und in 48 Stunden muss der Richter diese Anfrage lösen. Erst bis zu dem Moment, in dem dieser Einspruch aufgelöst wird, können die restlichen fünf Einsprüche bearbeitet werden.

Wir verurteilen den Rassismus, die Belästigung und Einschüchterung, die die Überlebenden des Genozids, MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen während der Gerichtsverhandlungen durch Familienmitglieder, Ex Mitglieder des Heeres, Mitglieder von privaten Sicherheitsunternehmen und dem Militär nahe stehenden Personen erfahren haben. Diese verwendeten einschüchternde Taktiken, da sie die Straflosigkeit für die Fälle der Vergangenheit aufrecht erhalten wollen. Wir bekräftigen unseren Willen, den Kampf für die Gerechtigkeit fortzusetzen, damit in unserem Land NIE WIEDER Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, die es während des bewaffneten internen Konflikts gab. Für das Recht in einem gerechten Land!

Asociación para la Justicia y Reconciliación – AJR (Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung)
 Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos – CALDH (Menschenrechtszentrum für rechtliche Aktionen)

Hintergrund

Die Anwälte der Angeklagten berufen sich bei ihrem letzten Einspruch auf das Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerilla, das eine Amnestie vorsehe. Michael Mörth, ein Anwalt und Sachverständiger vor dem Interamerikanischen Gerichtshof und Berater im Verfahren gegen Ríos Montt, sagten gegenüber der Nachrichtenplattform amerika21, dass die Anwaltschaft versuche, Zeit zu gewinnen. Zeit sei jedoch genau das Element, das den Anklägern aufgrund des fortgeschrittenen Alters von Ríos Montt fehle. Der Ex-Diktator wurde im Juni 86 Jahre alt. Momentan arbeitet das Gericht 14 Anträge der Verteidigung ab, acht wurden im Laufe der seit Montag wieder aufgenommenen Verhandlungen bereits zurückgewiesen. Erfolgt das Gleiche für die übrigen sechs, wäre der Weg frei, die Anklage zuzulassen und das eigentliche Verfahren könne endlich beginnen. Siehe auch den Artikel vom 25.08. von Timo Dorsch unter <http://amerika21.de/nachrichten/2012/08/55816/prozess-rios-montt>

Haushalt 2013...

Guatemala Stadt, 11. August 2012 (CEG/siglo 21)

Der Finanzminister, Pavel Centeno, hat seinen Haushaltsplan 2013 vorgestellt. Wie in der Infografik von Siglo21 ersichtlich ist, hat es bei einer Neuverteilung des Geldes Gewinner und Verlierer gegeben. Centeno bezifferte die Ausgaben im Haushalt 2013 auf knapp 67 Milliarden Quetzales (6,7 Milliarden €), von denen 50 Milliarden Quetzales durch Steuereinnahmen gedeckt seien. Neben einem Gewinner, dem **¡Fijáte!** eine eigene Meldung widmet (s. u.), gehören die Sekretariate (+31 %), die Ministerien für Verkehr (+19 %), Kultur (+ 16 %), Gesundheit (+15 %) sowie Wirtschaft (+12 %) zu denen, die mehr Geld erhalten werden als ursprünglich geplant. Verlierer ist das Energieministerium (- 35 %). Die Schulden steigen um 21 Prozent. Kaum Steigerungen erhielten das Bildungsministerium und – trotz großem Halali der Regierung – auch nicht das Ministerium für Soziale Entwicklung. Der Entwurf muss noch vom Kongress verabschiedet werden.

El Ministerio de Finanzas decidió que la repartición del Presupuesto General de la Nación, entre las carteras y otras instituciones, será de la siguiente forma:

Entidad	Vigente 2012	Estimado 2013	Absoluta	%
Presidencia	Q190	Q210	Q20	10
Relaciones Exteriores	Q386	Q396	Q9.3	2
Gobernación	Q3,955	Q4,228	Q273	6
Defensa	Q1,662	Q2,051	Q389	23
Finanzas Públicas	Q316	Q349	Q33	10
Educación	Q10,156	Q10,539	Q383	3
Agricultura	Q1,655	Q1,657	Q2.2	0.1
Trabajo	Q630	Q627	Q-3.5	-0.6
Secretarías	Q1,669	Q2,193	Q523	31
Desarrollo Social	Q1,235	Q1,235		
Salud	Q4,435	Q5,111	Q676	15
Economía	Q309	Q348	Q39	12
Comunicaciones	Q4,580	Q5,457	Q876	19
Energía y Minas	Q196	Q126	Q-70	-35
Cultura	Q378	Q442	Q63	16
Ambiente	Q191	Q208	Q17	9
Obligaciones	Q19,192	Q21,576	Q2,383	12
Procuraduría	Q58	Q57	Q-1	-1
Deuda Pública	Q8,346	Q10,172	Q1,816	21

FUENTE: MINISTERIO DE FINANZAS

Geld abgezweigt für das Verteidigungsministerium?

Guatemala Stadt, 11. August 2012 (CEG/Prensa Libre) Während – abgesehen vom Gesundheitsministerium – all jene Ministerium, die breiteren Schichten des Volkes dienen (könnten), keine höhere Geldzuweisungen erhielten, hat das Verteidigungsministerium fast 400 Millionen Quetzales (40 Millionen €) oder 23 Prozent mehr Geld erhalten. Finanzminister Centeno erklärte, es handele sich um Kredite, die die vorherige Regierung ausgehandelt habe und die dem Ankauf von Flugzeugen und Radargeräten dienen, um die Biosfera Maya zu schützen und den Drogenhandel zu kontrollieren. Der Präsident hätte ihn zwar gebeten, den Posten nicht zu erhöhen, aber dem habe er nicht entsprechen können, da das Geld zweckgebunden gewesen sei und daher nicht an andere Ministerien verteilt werden konnte. Besonders umstritten sind die Überweisungen des Außenministeriums bzw. Arbeitsministeriums von 8 Millionen Quetzales (800.000 €) am 20. Juli und noch mal 2 Millionen Quetzales (200.000 €) im August 2012. Nach Angaben des Sprechers des Verteidigungsministeriums, Erick Escobedo, stammen die Gelder aus externen Zuwendungen und stünden im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Beschlagnahme von Eigentum. Das Gesetz bestimmt explizit, welche Ministerien und Organe von den beschlagnahmten Geldern krimineller Banden profitieren. Das Verteidigungsministerium ist nicht darunter, wohl aber die Justizverwaltung (25 %) sowie Ermittlungsbehörden (20 %), die Staatsanwaltschaft (MP) (20 %), das Innenministerium (18 %), 15 % für das Sekretariat zur Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums und 2 % für die Generalstaatsanwaltschaft. Laut Escobedo würden die im August überwiesenen 2 Millionen Quetzales dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität dienen, der Modernisierung der Spezialeinheiten, Ankauf von Fahrzeugen und – wenn nötig – auch von Waffen. Mario Polanco von der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) kritisierte diese Zuweisung: "Ich bin sehr dafür, die Sicherheitsmassnahmen zu verstärken, aber diese müssen in der Verbesserung der Polizei bestehen, und nicht des Heeres. Das Friedensabkommen besagt, dass die zivilen Autoritäten gestärkt werden müssen und das Militär mit der inneren Sicherheit nichts zu tun. Diese Überweisung dient nur der Veränderung des Geistes des Friedensabkommens."

3.500 Tötungsdelikte von Januar bis August ...

Guatemala Stadt, 13. August 2012 (CEG, El Periodico) Am 17. März 2012 ging Teodora Martina Galicia Sosa auf einer Straße in Zone 1 der Hauptstadt, als sie von einer verirrten Patrone getötet wurde. Sie ist eine der 3.529 Fälle von Tötungen, die von Januar bis zum 8. August 2012 vom Nationalen Institut für Forensische Wissenschaft (inacif) registriert wurden. Alleine in den Monaten Juni und Juli wurden 515 bzw. 514 gezählt. 281 Tote wurden in der Hauptstadt gefunden. In den ersten acht Monaten des vergangenen Monats wurden 4.156 Tötungsdelikte gezählt. Laut dem stellvertretenden Innenminister, Julio Rivera Clavera, bedeutet das ein Rückgang um 16 %. Derzeit – so fährt der Minister fort – würden die Abteilungen der Nationalpolizei umstrukturiert, um die Bezüge der Tötungsdelikte zu anderen Delikten wie Raubüberfällen oder Einbrüchen zu berücksichtigen. Nach Ansicht des Sicherheitsexperten, Ronaldo Leiva vom Zentrum für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN) sei es gut, dass zunehmend spezielle Polizeieinheiten für Delikte wie den Drogenschmuggel, Femizid und Raub geschaffen werden. Wichtig sei es herauszufinden, welche Schwachstellen die öffentliche Sicherheit habe und Methoden zu finden, um diese zu verändern.

... und 377 Frauenmorde

Guatemala Stadt, 18. August 2012 (CEG/Cerigua) Die Präsidiale Kommission für die Bekämpfung des Femizids (COPAF) berichtete, dass bis zum 8. August diesen Jahres 377 Frauenmorde stattgefunden haben, 56 weniger als im selben Zeitraum des vorherigen Jahres. Die meisten fanden im eigenen Haus statt. Laut Berichten internationaler und nationaler Nachrichtenagenturen waren in 80 % der Fälle Frauen betroffen, die bereits zuvor Opfer von häuslicher Gewalt waren, während die übrigen im Kontext der organisierten Kriminalität stünden. Die meisten Tötungen wurden durch Feuerwaffen begangen, einige wenige durch Stichwaffen. Die COPAF registrierte sieben Fälle von Verstümmelung und zwei Fälle von Köpfungen. Die Amtsinhaberin, Alba Trejo erklärte, dass der 1. August 2012 der gewalttätigste Tag im bisherigen Jahr gewesen sei, da an diesem Tag sieben Frauen ermordet worden seien. Sie sagte, dass in diesem Jahr bisher 628 Personen wegen Gewaltdelikten gegen Frauen verhaftet worden seien, nur 34 allerdings wegen des spezifischen Deliktes des Femizids. Das Gesetz definiert Femizid als Mord an einer Frau, deren Motiv ausschließlich im Geschlecht des Opfers liegt.

Nach einer Studie über die Medienberichterstattung über Gewalt gegen Frauen, den die Nachrichtenagentur Cerigua erstellte, muss das Problem des Frauenmordes viel weitgehender angegangen werden. Die Frauenbewegung, die sich dem Thema annimmt, sieht das Hauptproblem in der ungleichen Machtstrukturen zwischen den Geschlechtern. Nach Ansicht der mexikanischen Feministin und ehemaligen Abgeordneten, Marcela Lagarde, ist die Gesellschaft so organisiert, dass Gewalt zur Grundlage der elterlichen Beziehungen, aber auch der Arbeitsbeziehungen und der Erziehung sei. Die Kultur verstärke in vielerlei Weise, durch Bilder, Diskurse und Argumente die machistische Gewalt als etwas natürliches. Die Gewalt werde in der Gesellschaft zwar als illegal angesehen, zugleich aber als legitim betrachtet. Daran etwas zu ändern, ist für Lagarde der Schlüssel, um den Femizid zu bekämpfen.

Symbolpolitik zum Internationalen Tag der Jugend?

Guatemala Stadt, 12. August 2012 (CEG) Im Dom der Zone 13 der Hauptstadt fand eine siebenstündige Veranstaltung statt, an der 6.000 Jugendliche teilnahmen, sowie Präsident, Vizepräsident und das gesamte Kabinett. Schulbands spielten und andere künstlerische Arbeiten der Jugendlichen wurden gezeigt. Auch die Politik kam nicht zu kurz: Die Direktorin des Nationalen Jugendrats (Conjuve), Alejandra Carrillo, präsentierte den Nationalen Jugendplan, der u.a. Die Schaffung eines Kabinetts für Jugendbelange vorsehe, an dem – mit Ausnahme des Außen- und des Energieministeriums – alle Ministerien beteiligt seien. Geleitet würde dieses Kabinett von Präsident Molina und seiner Vizepräsidentin Baldetti. Die Finanzierung der koordinierten Jugendprogramme bleibt freilich noch nebelös. Der Präsident sagte hierzu, er bitte die Minister, auf dem ersten Treffen ihre jeweiligen Programme und die entsprechenden Ressourcen und Priorisierungen vorzustellen. Er versprach auf der Veranstaltung, dass die Regierung Anstrengungen unternehmen werde, um die Exklusion vieler Jugendlichen anzugehen. Wie schlimm die Situation der Jugend in Guatemala ist, zeigt ein Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), in dem es heißt: "Die Entwicklungsniveaus sind extrem ungleich zwischen den Territorien, Regionen, Völkern und sozio-ökonomischen Schichten." Zwei Millionen Jugendliche befänden sich außerhalb der Schulen, gab auch Präsident Molina zu und versprach, sie wieder zurückzuholen.

Eine Bitte an einige AbonentInnen

Unser 'Buchhalter' hat darauf hingewiesen, dass einige AbonentInnen ihr Abo noch nicht bezahlt haben. Wir müssen Euch nicht daran erinnern, dass die Abogebühren unsere einzige Einnahmequelle sind, oder? Also bitten wir die Säumingen, ihre Abo-Rechnung rasch zu begleichen. Danke!

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6